

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWÖRTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 20. Oktober 1961

Blatt 2154

Geehrte Redaktion!

=====

Wir laden Sie ein zu einer Pressebesichtigung der Ausstellung "Stockholm - die Stadt am Wasser, die Stadt der 1.000 Inseln" am Donnerstag, dem 26. Oktober, um 15.30 Uhr, in der Volkshalle des Rathauses (Eingang vom Rathausplatz).

Bürgermeister Jonas wird den Vertretern der Presse den Stockholmer Stadtpräsidenten Carl Albert Anderson und einige seiner Mitarbeiter vorstellen, die sodann die Führung durch die Ausstellung machen werden.

Ebenso herzlich laden wir Sie zu der Eröffnung der Ausstellung ein, die kurz darauf, nämlich um 17 Uhr, stattfindet.

- - -



"Betriebsdemokratie" wird bei der Stadt Wien groß geschrieben!  
=====

Bürgermeister Jonas eröffnete Lebensmittel-Gewerkschaftskongreß

20. Oktober (RK) Bürgermeister Jonas eröffnete heute vormittag im Franz Domes-Heim den 13. ordentlichen Kongreß der Internationalen Union der Gewerkschaften der Lebensmittel- und Genußmittelbranchen. In seiner Begrüßungsansprache sagte er:

"In den letzten Jahren ist die Stadt Wien mehr und mehr zu einem internationalen Treffpunkt für wichtige Veranstaltungen, Tagungen und Kongresse geworden. Als Bürgermeister der österreichischen Bundeshauptstadt erfüllt es mich daher mit großer Freude und mit berechtigtem Stolz, daß auch eine so bedeutende Organisation wie die Internationale Union der Gewerkschaften der Lebens- und Genußmittelbranchen die Stadt Wien zum Tagungs-ort ihres 13. ordentlichen Kongresses gewählt hat. Im Rahmen Ihres Kongresses werden rund 200 Delegierte von 49 Verbänden aus aller Welt die Interessen von ungefähr 1,400.000 Mitgliedern wahrnehmen. Wenn der Plan, Ihre Organisation mit der Internationalen Union der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten zu vereinigen, Wirklichkeit werden sollte, wird die neue Union einen Mitgliederstand von etwa 1,600.000 aufweisen, eine beachtliche Zahl von berufstätigen Menschen, deren Stimme nicht überhört werden darf.

Den in Ihrem Bund vertretenen Gewerkschaftsmitgliedern obliegt die Sorge für das leibliche Wohl ihrer Mitmenschen. Bei dem allgemeinen Ansteigen des Lebensstandards, der nur durch gesteigerte Leistung erhalten werden kann, darf nicht darauf vergessen werden, den Arbeitnehmern die bestmöglichen Arbeitsbedingungen zu bieten. Dabei ist vor allem danach zu trachten, die Errungenschaften höher entwickelter Länder in allen Mitgliedsstaaten gleicherweise einzuführen, um so eine möglichst ähnliche Basis für Arbeiten desselben Charakters zu erreichen. Der hoch entwickelten Automatisierung ist in diesem Zusammenhang besondere Beachtung zu widmen.

Der Zusammenschluß von Staatengruppen zu regionalen Wirtschaftsverbänden gibt den Anlaß, auch auf Ihrem Fachgebiete



Zusammenfassungen vorzunehmen, um den Interessen Ihrer Mitglieder besser dienen zu können. Das kann auch durch die Herstellung engerer Kontakte zu anderen internationalen Körperschaften erleichtert werden, die sich mit dem Problem der Versorgung mit Lebensmitteln befassen. Der Grundgedanke der gewerkschaftlichen Solidarität, des opferbereiten Eintretens der Mitglieder für ihre schlechter gestellten Kollegen, wird die Kraftquelle sein, die Ihren Bemühungen den nötigen Nachdruck verleiht.

All diese Fragen verlangen viel Überlegung und großes Verantwortungsbewußtsein, aber auch Einfühlungsvermögen und gegenseitige Rücksichtnahme. Ich hoffe sehr, daß Sie hier in Wien, einer Stadt, in der man Gegensätze in freundlicher Weise zu überbrücken weiß, den richtigen Rahmen für Ihre Arbeit vorfinden, die so bedeutsame Folgerungen für Ihre Mitglieder mit sich bringen wird. Sie sollen aber neben Ihrer Arbeit auch an Entspannung denken, Sie sollen sich hier bei uns wohlfühlen und sich an all den Schönheiten unserer Stadt erfreuen. Gerade diese Eigenheiten Wiens sind es, die auf unsere Gäste aus dem In- und Ausland immer wieder so tiefen Eindruck machen, daß sie gerne wieder zu uns kommen, um ihre angenehmen Erinnerungen an Wien aufzufrischen und wieder frohe Tage bei uns zu erleben.

Wien wird in aller Welt gelobt als Stadt der Musik, der schönen Künste und der Wissenschaft, als Heimstatt einer Kultur, deren Ausstrahlung weit über unsere Grenzen hinaus **merkbar** ist. Wir freuen uns über dieses Lob, aber wir wollen auch darauf hinweisen, daß wir eine Stadt der zielbewußten Arbeit und des sozialen Fortschrittes sind. Der Mensch und seine berechtigten Forderungen an die Umwelt stehen im Mittelpunkt unserer Bemühungen. Alle unsere Aufbauleistungen verfolgen den Zweck, unsere Stadt zu einem im wahrsten Sinne des Wortes menschlichen, dem Mitbürger dienenden Gemeinwesen zu machen. Deshalb ist Wien den Bestrebungen der Gewerkschaften gegenüber so aufgeschlossen, was im Rahmen der Wiener Gemeindeverwaltung sichtbar zum Ausdruck kommt. Das Wort "Betriebsdemokratie" wird bei der Stadt Wien groß geschrieben und sie tut ihr Bestes,



um das Verhältnis zum eigenen Personal im Interesse aller Mitbürger immer harmonischer zu gestalten. Deshalb verfolgt die Stadt Wien mit großem Interesse den Verlauf Ihrer Beratungen, denen sie möglichst günstige Resultate wünscht!"

- - -

#### Empfang für Sachverständigen-Konferenz

=====

20. Oktober (RK) Anlässlich des Abschlusses der Sachverständigen-Konferenz der Sozialistischen Internationale, die in Baden getagt hatte, begrüßte Bürgermeister Jonas gestern nachmittag die Delegierten im Roten Salon des Wiener Rathauses. In seiner Ansprache sagte er, daß es oberstes Ziel der Gemeindeverwaltung sei, nicht nur den technischen Fortschritt zu fördern, sondern auch den sozialen Fortschritt. Unsere Sorge gilt der Wohlfahrt für die Jungen, für die Alten und für die Kranken. Unser sehnlichster Wunsch aber ist es, Frieden und Freiheit zu erhalten.

Der Sekretär der Sozialistischen Internationale, Albert Carty (London), sprach Worte des Dankes für den Empfang im Rathaus. Vorher hatten die Gäste eine Rundfahrt durch das Neue Wien unternommen.

- - -

#### Kunstexperten im Rathaus

=====

20. Oktober (RK) Die Teilnehmer an der 2. Kunstexperten-Tagung für die 8. Europarat-Ausstellung, die im kommenden Jahr in Wien stattfinden wird, wurden gestern abend im Roten Salon des Wiener Rathauses von Bürgermeister Jonas im Beisein von Vizebürgermeister Mandl und Stadtrat Schwaiger empfangen. Der Bürgermeister gab seiner Genugtuung Ausdruck, daß die Ausstellung, die das 14. Jahrhundert zum Thema haben wird, in Wien veranstaltet werden soll und dankte den Teilnehmern an der Tagung für ihre Arbeit.

- - -



Wassersparmaßnahmen aufgehoben  
=====

20. Oktober (RK) Durch die Regenfälle der letzten Tage ist die Ergiebigkeit der Quellen rasch gestiegen. Die Wassersparmaßnahmen werden daher mit sofortiger Wirksamkeit aufgehoben. Die Stadtverwaltung dankt allen Wienerinnen und Wienern, die durch ihr verständnisvolles Verhalten dazu beigetragen haben, daß die Wasserversorgung während der kritischen Wochen ohne Unterbrechung aufrecht erhalten werden konnte. Die Bevölkerung wird jedoch gebeten, auch weiterhin mit dem Wasser sparsam zu wirtschaften, weil der Winter vor der Tür steht und nach dem Eintreten des Frostes im Hochgebirge die Niederschläge sich erst bei der Schneeschmelze auf die Quellen auswirken.

- - -

Schubertmuseum und Beethoven-Erinnerungsraum vorübergehend geschlossen  
=====

20. Oktober (RK) Wegen Überholungsarbeiten und notwendiger Verbesserungen müssen die beiden Gedenkstätten Schubertmuseum, 9, Nußdorfer Straße 54, und Beethoven-Erinnerungsraum, 1, Mülker-Bastei 8, von Montag, den 23. Oktober, an für einige Wochen geschlossen werden.

- - -



Sitzung des Wiener Landtages  
=====

20. Oktober (RK) Unter dem Vorsitz seines Präsidenten Marek trat der Wiener Landtag heute vormittag zu einer Sitzung zusammen. Vor Eingang in die Tagesordnung teilte der Vorsitzende mit, daß nach einem Schreiben des Landesgerichtes für Strafsachen, Wien, das Verfahren gegen Bundesrat Eckert (ÖVP) eingestellt wurde. (Es handelte sich dabei um einen Verkehrsunfall.)

Bauordnungsnovelle 1961

Über die Bauordnungsnovelle 1961 referierte Stadtrat Sigmund (SPÖ). In der Öffentlichkeit wurde immer wieder darüber Klage geführt, daß die Bauordnung bei Ausnützung ihrer gesetzlichen Möglichkeiten den Bauherren eine Handhabe zur Verwirklichung von Projekten gibt, die eine schwere Beeinträchtigung unseres Stadtbildes mitsichbringen. So ist durch den Paragraph 81 die Errichtung einer Mehrzahl von Kellergeschoßen oder auch von Dachgeschoßen möglich, wodurch die zulässige Geschoßzahl weit überschritten werden kann.

Der vorliegende Gesetzesentwurf soll nun das Entstehen solcher Auswüchse verhindern, und zwar dadurch, daß eine absolute Beschränkung der Geschoßzahlen festgelegt wird.

Abgeordneter Hausner (KLS) stellt fest, daß die bestehende Bauordnung im Jahre 1929 geschaffen wurde, also zu einer Zeit, in der fast ausschließlich die Gemeinde Wien Bauherr war und keine Gefahr bestand, daß die Bauordnung mißbraucht werden könnte. Nach Ende des zweiten Weltkrieges und durch die Kreditgewährung der öffentlichen Hand ist eine große Zahl von Bauherren aufgetreten, die den zur Verfügung stehenden Grund weitestgehend ausnützen will. Unter dieser Tatsache leidet vielfach nicht nur das Stadtbild, sondern auch der Wohnungskomfort wird dadurch beeinträchtigt. Der Redner erachtet es für notwendig, nicht nur einige Punkte der Bauordnung abzuändern, sondern sie überhaupt neu zu fassen. Solange sie nicht grundlegend geändert ist, werden einzelne Bauherren immer wieder Lücken finden und in ihrem Sinne ausnützen. Es müßte auch von Seiten der Bauauf-



sichtsbehörde getrachtet werden, daß die Bestimmungen der Bauordnung striktest eingehalten werden. Bedauerlich sei in diesem Zusammenhang, daß vom zuständigen Gemeinderatsausschuß sehr oft Abweichungen vom Bebauungsplan bewilligt werden. Die Kommunisten werden der Vorlage zustimmen.

Abgeordneter Arch. Ing. Lust (ÖVP) stellt fest, daß seit Beginn des Wiederaufbaues und den städtebaulich neuen Tendenzen immer wieder der Ruf nach einer neuen Bauordnung am dringlichsten von den Fachleuten, erhoben wurde. Der Abgeordnete erklärt, daß man bei einer Neufassung die private Rechtssphäre nicht antasten dürfe. Eine richtige Abgrenzung zwischen dem öffentlichen Interesse und der Freiheit der Person und dem Schutz des Eigentums zu finden, muß Grundlage eines guten Baurechtes bleiben. Wir dürfen auch nicht dem verhängnisvollen Irrtum unterliegen und glauben, daß Baugesetze aus sich heraus wirken. Die Träger des Städtebaues und der Stadtbildpflege werden stets Entscheidungen in eigener Verantwortung treffen müssen, unter Beachtung der gesetzlichen Grundlagen. Neue Gesetze können auch keine Revolution im Städtebau bringen. Man müßte trachten, die gegenwärtigen Rechtszustände zu erweitern, voll auszuschöpfen und Lücken und Mängel zu beheben. Pflicht aller am Städtebau und Bauschaffen interessierten Kreise sei es, durch konstruktive Kritik oder entsprechende Vorschläge mitzuhelfen, daß die Bauordnung den zeitbedingten Gegebenheiten auf lange Zeit hinaus Rechnung tragen kann. Die vorliegende Novelle bezeichnet der Redner als eine absolute Notwendigkeit. Durch sie wird der Magistratsabteilung 19, die für die Stadtbildpflege verantwortlich ist, und der Baupolizei die Möglichkeit aber auch der Auftrag gegeben, Auswüchse zu verhindern, die sich bei Bauten auf steigendem oder fallendem Gelände ergeben. Auch der zu große Ausbau des Dachgeschosses wird durch diese Novelle auf ein tragbares Maß gebracht werden. Die vorliegende Novelle sei eine notwendige Maßnahme zur Erhaltung unseres Stadtbildes, auch wenn sie manchem vielleicht als Härte erscheint. Der Redner stellt abschließend fest, daß die ÖVP der Vorlage zustimmen werde.

Abgeordneter Planek (SPÖ) stellt fest, daß die vorliegende Novelle keinen neuen Rechtszustand schafft. Durch sie sollen



nur Lücken in bestehenden Gesetzen geschlossen werden. So soll zum Beispiel verhindert werden, daß etwa bei Hangbauten oder bei der Bauklasse I und II Auswüchse entstehen, die das Stadtbild verunstalten. Es sei unbestritten, daß dadurch einzelnen Menschen gewisse Grenzen gesetzt werden. Im Interesse der Öffentlichkeit sei dies jedoch notwendig. Seit der Zeit, in der die Bauordnung geschaffen wurde, hat sich in unserer Stadt sehr viel geändert. Man wird daher mit dieser Novelle allein nicht das Auslangen finden können, um den neuen Voraussetzungen des Städtebaues zu genügen. Wir müssen daran denken, wirklich große revolutionäre Änderungen durchzuführen. In nächster Zeit wird sich der Wiener Gemeinderat mit der Stadtplanung zu beschäftigen haben. Es werden hierbei Probleme auftauchen, die unbedingt auch zu einer entsprechenden Abänderung der geltenden Bauordnung unserer Stadt führen werden. Seine SPÖ-Fraktion stimme der Vorlage zu, doch glaubt sie, daß dies nur ein erster kleiner Schritt ist.

Stadtrat Sigmund stellt in seinem Schlußwort fest, daß man den gewaltigen Umfang dieser Materie schon daraus ersehen könne, daß zu den hundert Paragraphen der Bauordnung mehr als 250 Abänderungswünsche geäußert wurden. Da man jedoch der Meinung war, daß man nicht abwarten soll, bis die große Arbeit der Novellierung der gesamten Bauordnung vollzogen ist, hat man, um wenigstens Schäden auf diesem Gebiet zu vermeiden, die heutige Novelle vorgelegt. Es sei richtig, daß sie nur ein erster Schritt ist. Man sollte die Materie vielleicht überhaupt aufteilen, um das Notwendige so rasch als möglich beschließen zu können. Da grundsätzlich gegen die Vorlage keine Einwände erhoben wurden, ersucht der Referent um ihre Annahme.

Bei der Abstimmung wurde die Gesetzesvorlage einstimmig angenommen.

#### Neuregelung der Kanalräumungsgebühren

Hierauf gelangte der Gesetzesentwurf über die Einhebung von Gebühren für die Benützung und Räumung von Unratsanlagen zur Verhandlung.

Berichterstatter Landeshauptmann-Stellvertreter Slavik (SPÖ) erklärte einleitend, er habe nicht geglaubt, daß die Diskussion



in der Öffentlichkeit darüber so lebendig sein werde. Bei dem heute zu beschließenden Landesgesetz handelt es sich nur darum, dem Gemeinderat die Kompetenz für eine Neuregelung dieser Gebühren zu erteilen. Wenn dieses Landesgesetz ein Höchstausmaß für die neuen Gebühren nach dem Selbstkostenprinzip festlegt, so soll dies eine Schutzbestimmung für den Abgabepflichtigen darstellen, weil der Gemeinderat damit in seiner Beschlußfreiheit eingeschränkt wird und nicht aus einer Leistungsgebühr eine Steuer machen kann. Die Höhe der Gebühren wird somit erst der Gemeinderat in einer späteren Sitzung beschließen.

Abgeordneter Lauscher (KLS) meinte, daß diese Gesetzesvorlage die Grundlage für eine neuerliche saftige Gebührenerhöhung darstelle, die im Detail allerdings erst nachträglich durch den Gemeinderat beschlossen werden soll. Verantwortliche Politiker treten mit großen Worten gegen die Teuerung auf, aber das lasse die Wiener Gemeindeverwaltung kalt. Die Kommunisten lehnen es ab, die Gebühren für die Wasserversorgung, die Kanalaräumung und die Kehrichtabfuhr auf dem Selbstkostenprinzip aufzubauen. Die Gemeinde Wien nage nicht am Hungertuch. Und wenn man Geld braucht, dann solle man die Reichen, die Großunternehmer, die Bodenspekulanten stärker besteuern, nicht aber die arbeitende Bevölkerung. Der Finanzreferent erweise sich als besonders einfallsreich, wenn man nach einer neuen Methode der Besteuerung sucht. Eine Besteuerung nach der Zahl der Sitzaborte hat in der Bevölkerung mit Recht Protest und Empörung hervorgerufen. Diese "Abortsteuer", die das Unpopulärste ist, was man sich ausdenken konnte, dürfe nicht Wirklichkeit werden. Abschließend beantragte der Redner, den Gesetzesentwurf an die zuständigen Ausschüsse zurückzuverweisen.

Abgeordneter Peter (FPÖ) meinte, es wäre nicht notwendig gewesen, in einem Landesgesetz Ausdrücke zu gebrauchen, die gegen den guten Ton und Geschmack verstoßen. Bei der Beschreibung von Klosettanlagen und ähnlichen Einrichtungen hätte man wohl andere Formulierungen finden können, als sie diese Vorlage aufweist. Auch sprachlich sei dieser Gesetzentwurf kein Vorbild. Was soll die im Gesetz ausgesprochene Feststellung, daß eine Gebührenpflicht für die Kanalaräumung auch dann entsteht, "wenn diese nicht zum Erfolg



geführt hat"? Im übrigen soll man nicht von "Gebühren" für die Kanalräumung sprechen, sondern von einem Entgelt für eine geleistete Arbeit.

Den Erläuterungen zur Vorlage ist zu entnehmen, daß es sich doch um eine Preiserhöhung handelt, mit der die öffentliche Hand wiederum vorangeht. Will man dem Preisauftrieb einen Riegel vorschieben, dann muß die Bundeshauptstadt ein gutes Beispiel geben. Die Fraktion der FPÖ sei nicht in der Lage, für dieses Gesetz zu stimmen.

Abgeordneter Mühlhauser (ÖVP) führt aus, seine Fraktion lehne dieses Gesetz ab, weil sie der Meinung sei, daß schon die Vorlage an sich eine Gebührenerhöhung bringe. Das beweisen die Erläuterungen des Magistrates zu dem Gesetz, in denen es heißt, daß der Verlust 20 Millionen Schilling beträgt und daher eine Änderung der Gebühren eintreten müsse. Der Referent hat auch die Stellungnahme der Kammern verschwiegen. Sowohl die Kammer der gewerblichen Wirtschaft, als auch die Arbeiterkammer haben sich gegen das Gesetz ausgesprochen. In einer Zeit, in der sich die höchsten Stellen darum bemühen, die Lohn- und Preisspirale zum Stehen zu bringen, können wir nicht ein Gesetz beschließen, das zwangsläufig zu einer Gebührenerhöhung führen muß.

Landeshauptmann-Stellvertreter Slavik sagt in seinem Schlußwort, er habe selten eine so einheitliche Front von den Kommunisten über die Freiheitlichen bis zur ÖVP vorgefunden. Er wünschte sich nur, daß die ÖVP mit der gleichen Leidenschaft gegen jede andere Preiserhöhung auftreten würde.

M Man hat den Abgang von 20 Millionen Schilling erwähnt. Dazu möchte er bemerken, selbst wenn dieser Abgang voll gedeckt werden sollte, was bei der zukünftigen Gebührenregelung keinesfalls der Fall sein wird, dann betrüge die Belastung jedes Wiener Haushaltes pro Tag ganze acht Groschen.

Wir können bei einer Gebühr auch nur die Einnahmen festsetzen aber nicht die Ausgaben, die ja auf jeden Fall bezahlt werden müssen. Und da wir leider keinen Spender haben, müssen es also die Wiener bezahlen. Natürlich kann man sagen: "Nimm es aus den Steuererträgen!" Aber dann wird eben etwas anderes nicht gemacht, ein Wohnhaus oder eine Parkanlage oder ein Kinder-



garten; denn jeden Schilling kann man nur einmal verwenden!

Abschließend ersuchte der Referent nochmals im Interesse einer geordneten Verwaltung um Annahme der Gesetzesvorlage.

Den Antrag der KLS empfiehlt er der Ablehnung. Da dieser Antrag nur von drei Abgeordneten unterschrieben ist, stellt der Vorsitzende die Unterstützungsfrage. Da sich niemand zur Unterstützung bereit findet, wird der Antrag nicht behandelt.

Bei der Abstimmung wird die Gesetzesvorlage in erster und zweiter Lesung nur mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

#### Vorläufige Regelung der Abgabenordnung

Landeshauptmann-Stellvertreter Slavik (SPÖ) referiert sodann über die vorläufige Regelung allgemeiner Bestimmungen und des Verfahrens für die von den Behörden der Stadt Wien verwalteten Abgaben. Der Referent bemerkt hiezu, daß die Bundesabgabenordnung mit Wirkung vom 1. Jänner 1962 abläuft. Die Bundesländer haben vereinbart, daß sie eine möglichst einheitliche Landesabgabenordnung schaffen wollen. Die Beratungen darüber sind aber noch nicht so weit, sodaß heute eine provisorische Regelung für 1962 beschlossen werden soll. Materiell ändert sich für die Abgabepflichtigen gar nichts.

Abgeordneter Lauscher (KLS) macht juristische Bedenken gegen die Vorlage geltend und bedauert es, daß man nicht gleich konkrete Normen festgelegt hat.

Landeshauptmann-Stellvertreter Slavik entgegnet darauf, daß der Text der Vorlage mit dem Verfassungsdienst des Bundeskanzleramtes besprochen wurde.

Bei der Abstimmung wird die Vorlage in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Präsident Marek schließt die Sitzung des Wiener Landtages.

- - -



Sitzung des Wiener Gemeinderates  
=====

20. Oktober (RK) Im Anschluß an die Landtagssitzung trat unter dem Vorsitz von Gemeinderat Marek (SPÖ) der Wiener Gemeinderat zusammen.

An Anfragen lagen vor: drei der KLS und zwei der ÖVP. Ferner lagen folgende Anträge vor: ein Antrag der Gemeinderäte Hausner und Genossen (KLS), betreffend Sicherheitsvorkehrungen bei einer Straßenbahnhaltestelle der Linie 16; ein Antrag der Gemeinderäte Nessel und Genossen (FPÖ), betreffend Anbringung von Ketten zwischen der Fahrbahn der Straßenbahn und den Fußgängerwegen im Verkehrsbauwerk Schottentor; ein Antrag der Gemeinderäte Dkfm. Dr. Fiedler, Kowarsch und Genossen (ÖVP), betreffend Errichtung von Schutz- und Sicherheitsvorkehrungen zwischen der Automatenstraße und der Straßenbahn in der Unterführung Schottentor; ein Antrag der Gemeinderäte Dipl.-Ing. Dr. Hengl, Gockner, Ullmann und Genossen (ÖVP), betreffend Erstellung eines Gesamtkonzeptes für eine umfassende Landschaftspflege und -gestaltung im 22. Bezirk, wobei durch Aufforstung ein Windschutznetz geschaffen werden soll; ein Antrag der Gemeinderäte Bolaffio, Leinkauf und Genossen (ÖVP), betreffend Ausführung der Bodenmarkierung in den Kurzparkzonen mit blauer Farbe; ein Antrag der Gemeinderäte Walzer, Bittner und Genossen (ÖVP), betreffend bevorzugte Berücksichtigung von Darlehensansuchen kinderreicher Familien bei allfälliger Fortsetzung der neuen Wiener Wohnbauaktion. Die eingebrachten Anträge wurden den zuständigen Gemeinderatsausschüssen zur weiteren Behandlung zugewiesen. Über einen von den Gemeinderäten Dr. Broesigke und Genossen (FPÖ) eingebrachten Dringlichkeitsantrag, betreffend die Erhaltung der Häuser in Wien 1, Sterngasse 5 und 7, soll vor Schluß der öffentlichen Sitzung abgestimmt werden.

Der Rechnungsabschluß der Stadt Wien 1960

Über den Rechnungsabschluß der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1960 und den Bericht des Kontrollamtes der Stadt Wien über wichtigere Wahrnehmungen im Geschäftsjahr 1960 referiert sodann Vizebürgermeister Slavik (SPÖ). Der Referent stellt fest, der Magistrat hat den Jahresbericht für 1960 nach Prüfung durch das Kontrollamt fristgerecht fertiggestellt und dem Finanzausschuß und Stadtsenat vorgelegt. Finanzausschuß und Stadtsenat haben dem Rechnungsabschluß 1960 ihre Zustimmung gegeben. ./.



Gegenüber dem im Dezember 1959 genehmigten Voranschlag, der mit Einnahmen von 5.501.4 Millionen Schilling und Ausgaben von 5.678.3 Millionen Schilling, somit mit einem Abgang von 176.9 Millionen Schilling rechnet, ergaben sich tatsächliche Einnahmen mit 5.578,3 Millionen Schilling (+ 77 Millionen Schilling) und Ausgaben mit 5.582.2 Millionen Schilling (- 96 Millionen Schilling), daher eine Gesamtverbesserung mit 173 Millionen Schilling, sodaß lediglich der unbedeutende Betrag von 3.9 Millionen Schilling (das sind 0.07 Prozent der Ausgabensumme) der Allgemeinen Rücklage zum Ausgleich der Jahresrechnung entnommen werden mußte. Die Allgemeine Rücklage ist durch die Zuführung der Zinsen im Betrage von 22,437.752 Schilling auf 834,485.734.40 Schilling am Jahresende gestiegen.

Im Laufe des Jahres 1960 wurden von den zuständigen Gemeinderatsausschüssen 437 Zuschußkreditanträge genehmigt, der Gemeinderat hat die Eröffnung von elf neuen Ausgabeposten, die im Voranschlag nicht vorgesehen waren, zustimmend erledigt. 40 Zuschußkredite konnten in der Reserve für unvorhergesehene Ausgaben, die mit 100 Millionen Schilling angenommen war, bedeckt werden, von denen allein 51.6 Millionen Schilling für die vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit dem Land Niederösterreich auf Grund des Gebietsänderungsgesetzes 1946 bereitgestellt wurden.

Zur Bedeckung folgender größerer Mehrausgaben wurde die Allgemeine Rücklage herangezogen:

Zinsfreie Instandsetzungsdarlehen 50 Millionen Schilling, Darlehen nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1954 40 Millionen Schilling, Darlehen und Betriebskredite 14.5 Millionen Schilling, beteiligungen 8.8 Millionen Schilling, Instandsetzung des Gebäudes der Volksoper 10 Millionen Schilling, Wohnhausneubau 44.3 Millionen Schilling, Grundtransaktionen 145 Millionen Schilling.

Es handelt sich zum größten Teil um wertvermehrende Ausgaben bzw. um Darlehen, deren Rückfluß die Gebarung der folgenden Jahre günstiger gestalten werden.

Von den Einnahmen in Höhe von 5.578 Millionen Schilling entfallen 36,7 Prozent auf Ertragsanteile, 23,7 Prozent auf eigene Steuern und 39,6 Prozent auf Gebühren und sonstige Ein-



nahmen. Die eigenen Landes- und Gemeindeabgaben erbrachten 1.289 Millionen Schilling. Die günstige Wirtschaftslage brachte bei fast allen Steuern und Abgaben Mehreinnahmen, nur bei der Vergnügungssteuer wurde der vorgesehene Ansatz nicht erreicht, was auf die Steuerbegünstigungen für bestimmte Sportveranstaltungen und auf den Besucherrückgang in den Lichtspieltheatern zurückzuführen ist. Die Gemeindeverwaltung führt mit der Gruppe der Kinobesitzer Besprechungen, um entsprechend dem starken Besucherrückgang die Steuerleistung den jetzigen Möglichkeiten anzupassen.

Von den Ausgaben in Höhe von 5.582 Millionen Schilling entfallen 30.6 Prozent auf den Personalaufwand, 40.4 Prozent auf den Sachaufwand und 29 Prozent auf Investitionen. Der Personalstand ist während des Berichtsjahres um 410 auf 33.392 Angestellte gesunken, der Stand der Pensionisten um 518 auf 15.612 gestiegen.

Der Schuldenstand ist von 1.140 Millionen auf 1.335 Millionen Schilling gestiegen.

Bei Besprechung der Ausgaben in den einzelnen Verwaltungsgruppen berichtete Landeshauptmann-Stellvertreter Slavik unter anderem: Der Betrag für zinsfreie Instandsetzungsdarlehen wurde mit einem Mehraufwand von 50 Millionen Schilling fast verdoppelt. Auch der Ansatz für Darlehen nach dem Wohnbauförderungsgesetz wurde um 26 Millionen überschritten. Von 1955 bis 1960 hat die Gemeinde die ansehnliche Summe von 192 Millionen Schilling über die gesetzliche Verpflichtung hinaus der Wohnbauförderung zur Verfügung gestellt.

Die Ausgaben für die Schulen beliefen sich auf 182.2 Millionen Schilling. Der Schülerstand hat in den Volks- und Hauptschulen um 1.229, in den Berufsschulen um 4.795 Schüler abgenommen. 15 Schulgebäude wurden modernisiert. Die Zahl der ausgegebenen Säuglingswäschepakete erhöhte sich im Jahre 1960 auf 16.114. Für den Bau von Kindergärten wurden 16 Millionen Schilling aufgewendet. In den Jahren 1958 bis 1960 wurden insgesamt 183.338 Personen gegen Kinderlähmung geimpft.

Die Ausgaben für die städtischen Wohlfahrtsanstalten beliefen sich auf 1.075 Millionen Schilling, denen Einnahmen von



nur 416 Millionen gegenüberstehen, sodaß ein Abgang von 658 Millionen Schilling aus Steuermitteln gedeckt werden muß.

Für die Beschäftigung des Baugewerbes und der Bauneben-gewerbe wurden 1.869 Millionen Schilling, das sind 34.3 Prozent der Gesamtausgaben, aufgewendet. Der Wohnhausbau erforderte 575.5 Millionen. 4.008 Wohnungen wurden bezugsreif fertiggestellt, an 3.613 Wohnungen wurde weitergearbeitet, und 37 Wohnhausanlagen mit 4.028 Wohnungen wurden neu begonnen.

Für den Straßenbau wurden 176.6 Millionen Schilling ausgegeben. Der Referent erwähnte insbesondere die Verkehrsbauwerke beim Schottentor, bei der Bellaria und der Babenbergerstraße, die Burgdurchfahrt, den Lerchenfelder und Hernalser Gürtel, den Währinger Gürtel und die Zufahrtsstraße zum Ölhafen Lobau. Im Brücken- und Wasserbau wurden 87,4 Millionen Schilling für Neubauten aufgewendet. Für Erhaltung und Neubau von Gartenanlagen hat die Gemeinde 33.6 Millionen Schilling ausgegeben.

Die Gemeinde verwaltete 132.718 Wohnungen und 6.395 Geschäftslokale. 42.023 Wohnungen sind mit kompletter Badeeinrichtung ausgestattet. Die städtischen Wohnhäuser weisen Einnahmen von 168 Millionen und Ausgaben von 172 Millionen auf.

Aus dem Geldinventar ist zu ersehen, daß die Gemeindeverwaltung gut gewirtschaftet hat, denn sie schließt bei Aktiven von 5.216 Millionen und Passiven von 2.528 Millionen mit einem Reinvermögen der Hoheitsverwaltung von 2.688 Millionen Schilling ab. Wird das Vermögen der Städtischen Unternehmungen mit 2.198 Millionen Schilling hinzugezählt, so ergibt sich das in Geldeswert erfaßte Vermögen der Stadt mit insgesamt 4.886 Millionen Schilling.

Von dem Recht der Einsichtnahme in die Gebarung der Stadt Wien haben sieben Gemeindemitglieder Gebrauch gemacht. Dabei wurden in drei Fällen sogenannte "Erinnerungen" abgegeben. Unter anderem wurde Beschwerde geführt, daß die Gemeinde Ausländer in die Gemeindewohnungen hineinnehme und die Inländer benachteilige. Diese Erinnerungen sollen den zuständigen Gemeinderatsausschüssen zur Erledigung zugewiesen werden.



Vizebürgermeister Slavik stellt sodann folgende Anträge:

1. Zur Deckung der gelegentlich des Abschlusses sich ergebenden Überschreitungen bis zu zehn Prozent eines Ausgabeansatzes, höchstens aber 12.500 Schilling, werden Ergänzungskredite im Gesamtbetrag von 300.520,80 Schilling genehmigt.

2. Die Überschreitung auf Rubrik 211, Bewegliches Vermögen, Post 40, Zuführung der Zinsen von Rücklagebeständen an die Rücklagen, im Betrag von 5,622.809,87 Schilling wird genehmigt.

3. Die im Rechnungsabschluß 1948 gebildete Haftungsrücklage, die von ursprünglich fünf Millionen Schilling durch die jährlichen Zinsenzuführungen auf 6,914.435,07 Schilling angewachsen ist, wird zur Erfüllung der Haftungsverpflichtung aufgelöst und auf Rubrik 221, Verschiedene Finanzangelegenheiten, auf der neu eröffneten Post 60 b, Entnahme der Haftungsrücklage, in Einnahme verrechnet.

Die Eröffnung der Ausgabepost 56, Erfüllung der Haftungsverpflichtung gegenüber der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien für einen Kredit der Pabst-Kiba Ges.mbH., auf derselben Rubrik und die Verrechnung des Haftungsbetrages von 6,296.741,65 Schilling zu deren Lasten wird genehmigt.

4. Im Rechnungsjahr 1960 wurden wegen Uneinbringlichkeit oder Gebührenrichtigstellung von den anfänglichen Einnahmerückständen 1,743.632,05 Schilling und wegen Gebührenrichtigstellung von den Ausgaberrückständen 48,404.686,88 Schilling abgeschrieben. Der Differenzbetrag von 46,661.054,83 Schilling verstärkt die Sicherungsrubrik 221.59, Vorwegnahme der nachträglichen Abschreibung von Rückständen. Der auf dieser Rubrik ausgewiesene Rückstand von 25,363.069,82 Schilling erhöht sich daher auf 72,024.124,65 Schilling.

Da ein derart hoher Sicherungsbetrag für die Abdeckung dubioser Forderungen der nächsten Jahre nicht benötigt wird, ist auf Rubrik 221, Verschiedene Finanzangelegenheiten, die Post 60 a, Verminderung der Rückstellung für uneinbringliche Forderungen, neu zu eröffnen und ein Abschöpfungsbetrag von 52,024.124,65 Schilling von Post 59 auf die Post 60 a durchzuführen. Dadurch wird die Dubiosenreserve auf 20 Millionen Schilling vermindert.



5. Der nach Vornahme der obigen Buchungen sich ergebende Abgang im Betrage von 3,870.272,29 Schilling ist der Allgemeinen Rücklage zu entnehmen. Zu diesem Zweck ist auf Rubrik 221 die Einnahmepost 60 c, Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage, zu eröffnen.

6. Soweit die im Laufe des Rechnungsjahres beantragten und genehmigten Bedeckungen von Überschreitungen mit bestimmten Mehreinnahmen beziehungsweise Minderausgaben diese Deckung nicht gefunden haben, werden sie auf das Gebarungsergebnis beziehungsweise auf die Allgemeine Rücklage verwiesen.

7. Die sonach mit einer Einnahmen- und Ausgabensumme von je 5.582,205.149,06 Schilling schließende Rechnung für die Zeit vom 1. Jänner bis 31. Dezember 1960 wird genehmigt.

#### Bericht des Kontrollamtes über das Geschäftsjahr 1960

Vizebürgermeister Slavik spricht sodann über den Wahrnehmungsbericht des Kontrollamtes der Stadt Wien über das Geschäftsjahr 1960. Der Bericht des Kontrollamtes umfaßt die gesamte Hoheitsverwaltung der Stadt Wien einschließlich der städtischen Betriebe, die Städtischen Unternehmungen und Anstalten mit eigenem Statut und die Unternehmungen, an denen die Gemeinde Wien in erheblichem Maße beteiligt ist oder die auf Grund besonderer Bestimmungen geprüft werden. In der Einleitung legt der Wahrnehmungsbericht eine Übersicht über den Gebarungserfolg der Hoheitsverwaltung dar und stellt fest, daß sich der veranschlagte Gebarungsausgang von 176,883.600 Schilling auf 3,870.272,29 Schilling vermindert hat. Für die Verbesserung des Gebarungsergebnisses war außer der beträchtlichen Erhöhung des Gesamtsteueraufkommens im Jahre 1960 auch eine durch die teilweise Auflösung der Dubiosenreserve entstandene rechnungsmäßige Einnahme von rund 52 Millionen Schilling maßgebend. Der verbleibende Stand der Dubiosenreserve in der Höhe von 20 Millionen Schilling kann zweifellos als ausreichend angesehen werden.

Die im Jahre 1959 begonnene Vermehrung der Rücklagenbestände konnte, wenn auch nur in geringerem Umfang, fortgesetzt werden. Die Rücklagen haben sich von 835,1 Millionen Ende 1959 auf 846,5 Millionen am Ende des Berichtsjahres erhöht.



Bei den Einnahmen im Gesamtbetrag von 5.578 Millionen Schilling ist der Anteil des Gesamtaufkommens an eigenen Steuern und Abgaben an den Gesamteinnahmen nur von 22 auf 23 Prozent gestiegen. Hingegen entfielen auf die Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben erstmalig mehr als ein Drittel aller Einnahmen. Der Anteil der durch außerordentliche Finanzgebarungen stark beeinflussten sonstigen Einnahmen sank von 45 auf 41 Prozent.

Die Gesamtausgaben waren im Jahre 1960 mit 5.582,205.149 Schilling um 477,135.904 Schilling oder 9.35 Prozent höher als im Jahre 1959. Besonders wird im Bericht festgestellt, daß der Betriebsabgang der städtischen Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten und der städtischen Altersheime einschließlich der Leistungen des eigenen Fürsorgeverbandes, jedoch ohne Berücksichtigung der baulichen Investitionen und Inventaranschaffungen, eine Höhe von 483.8 Millionen Schilling erreicht hat. Dies bedeutet, daß die Stadt Wien für den Betrieb dieser Anstalten im Berichtsjahr täglich rund 1.3 Millionen Schilling aus Gemeindemitteln zuschießen mußte.

Der Bericht befaßt sich ziemlich eingehend mit dem Personalaufwand und stellt fest: Während die durchschnittliche Anzahl der Bezugsempfänger seit 1956 ohne übermäßige Schwankungen allmählich um insgesamt 2.815 Personen oder 6.1 Prozent zunahm, erhöhte sich der durchschnittliche Einzelbezug in der gleichen Zeit um 7.300 Schilling oder 27.2 Prozent auf rund 34.100 Schilling. Das weit über das prozentuelle Anwachsen der durchschnittlichen Bezugsempfängerzahl hinausgehende Ausmaß der Erhöhung des Einzelbezuges zeigt, daß das Ansteigen des Gesamtpersonalaufwandes in den letzten fünf Jahren um 429.5 Millionen Schilling oder 34.7 Prozent zum größten Teil auf Bezugserhöhungen und nur in weit geringerem Ausmaß auf die Vermehrung des Personalstandes zurückzuführen ist. Im Hinblick darauf, daß die Höhe der Bezüge als gegeben anzusehen ist und allenfalls nur im Rahmen der Dienstpostenbewertung beeinflusst werden kann, müssen die auf eine Senkung des Personalaufwandes abzielenden Bestrebungen in erster Linie die Möglichkeiten von Personalverminderungen durch Organisations- und Rationalisierungsmaßnahmen ins Auge fassen.



Während die Zahl der ständig vollbeschäftigten Bediensteten in der Hoheitsverwaltung hauptsächlich durch die Auflassung der Fürsorgeämter zurückgegangen ist, nimmt die Zahl der Bediensteten im Wohlfahrts- und Gesundheitswesen ständig zu. In den Betrieben und betriebsmäßig verrechneten Verwaltungszweigen blieb die Zahl der ständig vollbeschäftigten Bediensteten in den Jahren 1959 und 1960 nahezu unverändert. Das ständige Bestreben, die erforderliche Verwaltungstätigkeit möglichst einfach und personalsparend zu bewältigen, veranlaßte die Gemeindeverwaltung in den letzten Jahren zur verstärkten Durchführung von Rationalisierungsmaßnahmen. Hierzu gehört die Einrichtung einer Elektronenanlage, deren wirtschaftliche Auswirkung erst im Jahre 1962 feststellbar sein wird.

Die nach kaufmännischen Gesichtspunkten geführten Unternehmungen der Stadt Wien sowie die gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen haben ihre schon früher eingeleiteten Rationalisierungsmaßnahmen mit beachtlichem Erfolg fortgesetzt. Hiedurch konnten insbesondere die großen Versorgungsunternehmungen (Elektrizitäts- und Gaswerke), ihrer gemeinschaftlichen Zielsetzung entsprechend, trotz Lohnnachziehung, Arbeitszeitverkürzung und ständig steigenden Materialpreisen, ihre Kosten in solchen Grenzen halten, daß die geltenden Tarife, die bekanntlich zu den niedrigsten Europas zählen, unverändert belassen werden konnten. Lediglich die Verkehrsbetriebe konnten als besonders lohn- und investitionsintensives Unternehmen trotz verschiedener Betriebsrationalisierungen bei den in Geltung gestandenen Tarifen kein Auslangen mehr finden, was vor allem durch das zu beobachtende Sinken der Fahrgästekzahl als Folge der fortschreitenden Motorisierung mitverursacht wurde.

Vom Kontrollamt aufgezeigte Rationalisierungsmaßnahmen wurden von den beteiligten Stellen in der Regel auch durchgeführt.

Der in den letzten Jahren immer dringender gewordene Mangel an Bauarbeitern und das Bestreben nach einer Bauzeitverkürzung war auf Grund wiederholter Anregungen des Kontrollamtes Anlaß zu Rationalisierungsmaßnahmen im Hochbau. So kam es im Berichtsjahr zur Gründung der Montagebau Ges.m.b.H., die sich mit der Vor-



fertigung von Bauelementen befassen wird. Hiedurch kann die Bauzeit wesentlich verkürzt und die Baukostensumme gesenkt werden. Der Wahrnehmungsbericht empfiehlt auch, den Großteil der handwerklichen Leistungen in Werkstätten zu verlegen und dadurch die Baustellen von Witterungseinflüssen unabhängig zu machen. Auch die weitgehende Verwendung von Schlechtwetter- und Winterbauhallen wird empfohlen.

Die einzelnen Wahrnehmungen enthalten eine Fülle von Beobachtungen, Feststellungen und Anregungen, die zweifellos die Wirtschaftsführung günstig beeinflussen.

Abschließend stellte das Kontrollamt in seinem Bericht fest, daß es sich bemüht habe, dem Gemeinderat vor allem jene Wahrnehmungen zur Kenntnis zu bringen, denen ein allgemeines Interesse beigemessen werden kann oder die vom Standpunkt der Gebärungsprüfung einen näheren Einblick in wichtigere Verwaltungs- und Betriebsvorgänge vermitteln. Es wurden viele Anregungen gegeben und besonderes Augenmerk stets auf die Möglichkeit einer Rationalisierung gerichtet. Bei dem Umfang der Wiener Gemeindeverwaltung und ihrer Unternehmungen sind Ordnungswidrigkeiten oder auch Verschiedenartigkeiten organisatorischer oder wirtschaftlicher Auffassungen nicht zu vermeiden. Wenn sich daher der Bericht des Kontrollamtes vornehmlich auf die Feststellungen von Mängeln und deren Behebung erstreckt, dann wäre eine Verallgemeinerung dieser Feststellungen und die Schlußfolgerung auf eine ordnungswidrige oder unwirtschaftliche Gebärung im Gemeindehaushalt im größeren Umfang unangebracht. Aus der Behandlung der vom Kontrollamt gemachten Anregungen war durchwegs das Bestreben der Stadtverwaltung und ihrer Organe zu erkennen, sich in bewußter Verantwortlichkeit gegenüber der Öffentlichkeit von dem Bestreben nach einer zweckmäßigen und ordnungsmäßigen Geschäftsführung leiten zu lassen. Dies gilt in gleicher Weise für die magistratischen Dienststellen wie für die Direktionen der Städtischen Unternehmungen und für die verantwortlichen Funktionäre der verschiedenen vom Kontrollamt geprüften Gesellschaften und Einrichtungen.

Vizebürgermeister Slavik stellt fest, man könne zusammenfassend sagen, daß das Geschäftsjahr 1960 sowohl für die Wiener



Bevölkerung, für die Stadt Wien und für die Wiener Gemeindeverwaltung ganz wesentliche Fortschritte gebracht hat. Wir waren in der glücklichen Situation, durch eine anhaltende Konjunktur mehr Leistungen erbringen zu können, als wir ursprünglich am Jahresbeginn angenommen haben und mit gutem Gewissen schätzen konnten. Wir haben einen Stand der Vollbeschäftigung erreicht, wie es ihn zu keiner Zeit in unserer Stadt gab. Wenn auch noch nicht alle Probleme gelöst werden konnten, ist unverkennbar eine Steigerung des Lebensstandards erreicht worden. Wir können aber nicht stehenbleiben und nicht in die Vergangenheit blicken. Wir müssen dauernd der weiteren Entwicklung Rechnung tragen und unsere Schlüsse daraus ziehen und weiter für die Zukunft vorsorgen. Das Kontrollamt hat sich mit den Arbeiten und Leistungen des Jahres 1960 beschäftigt und manche Probleme aufgeworfen. Es ist nun unsere Aufgabe, Fehler herauszufinden und gemeinsam mit der Bevölkerung zu versuchen, diese Fehler so bald und so weit als möglich zu beseitigen. Alle diejenigen, die den Kontrollamtsbericht lesen, bittet Vizebürgermeister Slavik, objektiv und logisch zu urteilen. Bei einer so großen Verwaltung, mit rund 53.000 Beschäftigten in den Unternehmungen und in der Hoheitsverwaltung, kommen kleine Fehler doch hin und wieder vor. Es gebe keine kleine noch weniger eine große Gemeinschaft, die völlig fehlerfrei arbeiten kann. Die Wiener Gemeindeverwaltung und ihre Bediensteten bemühen sich jedoch das ganze Jahr hindurch, zum Wohle und im Dienst der Wiener Bevölkerung ihr Bestes zu geben. Wir sind stolz darauf, daß wir einen Rechnungsabschluß zustandegebracht haben, der zwar ein ganz kleines Defizit hat, der uns aber erlaubt, unsere Rücklagen noch etwas zu verstärken.

#### Debatte über den Rechnungsabschluß 1960

GR. Lauscher (KLS) beschäftigt sich unter anderem mit dem kommunalen Wohnungsbau, und stellt mit Bedauern fest, daß von Jahr zu Jahr weniger Gemeindewohnungen gebaut werden. 1957 waren zum Jahresende 6.081 Wohnungen bezugsfertig, im Jahre 1960 nur mehr 4.008 Wohnungen. Dabei konnten im vergangenen Jahr 550 Obdachlose nicht einmal in den Obdachlosenheimen untergebracht werden. Wir brauchen also mehr Gemeindewohnungen.



Der Redner tritt dann dafür ein, die Nutznießer der Hochkonjunktur, die Großunternehmer, die Grundstückspekulanten und Wohnungswucherer stärker für die Finanzierung der großen Aufgaben der Gemeindeverwaltung heranzuziehen. Abschließend forderte er, daß man die Rechte Wiens gegenüber dem Finanzminister stärker vertreten solle.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) bemängelt, daß die Einnahmen um eine halbe Milliarde zu gering eingeschätzt wurden. Gerade jetzt wird diese vorsichtige Budgetierung von der SPÖ dem Finanzminister zum Vorwurf gemacht. Es erhebt sich auch die Frage, ob nun nicht doch der Zeitpunkt gekommen wäre, um da und dort an eine Steuersenkung zu denken.

Der Personalaufwand ist um 12,7 Millionen Schilling höher als im Voranschlag angenommen, der Anteil am Gesamtbudget ist noch immer mit einem Drittel als sehr hoch zu bezeichnen. Einen erschreckend hohen Abgang zeigt die Gesundheitsverwaltung.

Zum Kapitel Bauwesen bemerkt der Redner, daß im Gegensatz zur Ansicht des Kontrollamtes das billigste Anbot nicht immer das beste ist. Er kritisiert ferner die Bauzeitüberschreitungen, die durch mangelnde Planung verursacht werden. Abschließend regt der Redner an, das Kontrollamt in seiner Stellung unabhängiger zu machen.

GR. Dr. Veninger (ÖVP) begrüßt es, daß der Bericht des Kontrollamtes zugleich mit dem Rechnungsabschluß dem Gemeinderat vorgelegt wird. Er erinnert ferner an den Antrag der ÖVP auf Änderung der Verfassung, in dem auch verlangt wird, daß das Kontrollamt mehr Unabhängigkeit gegenüber seinem Dienstvorgesetzten erhalten soll.

Auch der ÖVP-Redner bezeichnet die Schätzung der Einnahmen als sehr vorsichtig.

Das Kontrollamt spricht von den Grundsätzen einer antizyklischen Haushaltsführung. Der Redner fragt, warum dieser Grundsatz von den Sozialisten nicht auch bei der Haushaltsführung des Bundes gebilligt wird.

Auf der Ausgabenseite ergibt sich ein größerer Mehraufwand hauptsächlich für die Personalausgaben, im Bauwesen und für die



Krankenanstalten, und beachtlich ist auch der Mehraufwand für Grundstücksankäufe.

Die ÖVP-Fraktion hat schon mehrfach zinsfreie Gehaltsvorschüsse an die Bediensteten verlangt. Wenn der Bund die Bezugsvorschüsse zinsenlos gibt, so könnte dies die Gemeinde auch tun, insbesondere wenn eine echte Notlage des Bediensteten gegeben ist.

Zur Einführung des Lochkartensystems erklärte der Redner, daß eine Mechanisierung in der Gemeindeverwaltung nicht der Weisheit letzter Schluß sein kann.

Der Aufwand für einen Pflegling der Jugendfürsorge hat sich auf 73 Schilling erhöht. Die ÖVP hat schon des öfteren angeregt, sich privater Fürsorgeinstitute, wie etwa der Caritas, zu bedienen, die infolge ihrer Struktur privaten Opfermut in die Waagschale werfen und somit besser wirtschaften kann.

Auf dem Gebiete des Gesundheitswesens ist die hohe Zahl von Impfungen gegen Kinderlähmung besonders hervorzuheben. Die Wiener Bevölkerung ist sich der Gefährlichkeit dieser Krankheit bewußt und bedient sich der Hilfe, die ihr die Stadtverwaltung bietet.

Um ein wahres Bild der gesamten Baukosten auf dem Wohnbau-sektor zu erhalten, wäre es angezeigt, zu den ausgewiesenen Wohnbaukosten auch den Personalaufwand der damit befaßten Magistratsabteilungen hinzuzurechnen. Entgegen allen irreführenden Berichten stellt der Kontrollamtsbericht fest, daß sich die Baukosten je Quadratmeter Wohn- und Nutzfläche gegenüber 1959 um rund 2.7 Prozent erhöht haben. Sehr zu begrüßen ist, daß die durchschnittliche Wohnungsgröße um 7 auf 62 Quadratmeter gestiegen ist. Dies ist vor allem in familienpolitischer Hinsicht wichtig, denn nur in einer größeren Wohnung ist es möglich, für Kinder genügend Raum und Entfaltungsmöglichkeit zu schaffen. Dank gebührt insbesondere auch der sehr rege tätigen Gartenverwaltung für die guten und geschmackvollen städtischen Gärten.

Gewiß ist es in einem so großen Betrieb leicht, da und dort Unzukömmlichkeiten zu entdecken. Aber das, was im Kontrollamtsbericht bemängelt werden mußte, ist sicherlich nicht allzu groß. Dank gebührt allen Bediensteten, die durch ihre mühevollen Arbeits-



leistung zum Erfolg dieses Rechnungsjahres beigetragen haben. Die ÖVP wird den Bericht des Kontrollamtes zur Kenntnis nehmen und dem Rechnungsabschluß 1960 zustimmen.

GR. Dr. Bohmann (SPÖ) bezeichnete den Jahresabschluß 1960 als das Spiegelbild einer ordentlichen und zweckmäßigen Verwaltung. Erfreulicherweise haben in dieser Debatte die Redner aller Parteien zu dem Rechnungsabschluß positiv Stellung genommen und anerkannt, daß 1960 ein Jahr großer Leistungen der Gemeinde war. Alle Einnahmesteigerungen sind letzten Endes darauf zurückzuführen, daß sich Österreich und unsere Bundeshauptstadt in einer Atmosphäre der Prosperität entwickeln konnte und daß wir eine ständig ansteigende Konjunktur aufzuweisen haben. Vom Jahre 1956 bis zum Jahre 1960 sind die Einnahmen der Stadt Wien von 3.809 auf 5.578 Millionen Schilling, somit in fünf Jahren um 46 Prozent gestiegen. Die Ausgabenseite ist das Produkt einer wohlausgewogenen Ausgabenpolitik. Die Finanzverwaltung unserer Stadt war ständig bemüht, Mehrausgaben nur soweit zuzulassen, als sie in Mehreinnahmen noch gedeckt werden können. Diese vorsichtige Budgetpolitik hat dazu geführt, daß die Gemeinde Rücklagen in Höhe von 846 Millionen Schilling aufweist. Die Sozialisten haben seit Jahr und Tag die Forderung nach antizyklischer Haushaltsführung gestellt, wir wollen in Zeiten der Konjunktur durch Rücklagen für mögliche spätere Krisen vorsorgen. Wir verfolgen deshalb im Parlament seit Jahren mit Sorge, daß Österreich in Zeiten der Prosperität Schulden ansammelt. (Zwischenrufe.)

Wir dürfen auch nicht außer acht lassen, welche wichtige wirtschaftliche Funktion Wien für die gesamte Wirtschaft unseres Landes darstellt. Der Bauaufwand in Bau- und Baunebengewerbe betrug 2.657 Millionen Schilling. Von den 46.000 Bauarbeitern, die in Wien beschäftigt sind, arbeitet mehr als die Hälfte auf Baustellen der Gemeinde Wien oder solchen, deren Bauführung durch die Gemeinde Wien ermöglicht wurde. Auch für die Bereitstellung und Erschließung von Industriegrundstücken hat die Stadtverwaltung große Mittel zur Verfügung gestellt und die Bürgerschaft für Kredite übernommen, die der Industrie zur Verfügung gestellt werden.



Man kann sagen, daß der Jahresabschluß 1960 das Bild einer guten wirtschaftlichen Entwicklung und einer guten und ausgewogenen Gemeindepolitik gibt, für die dem städtischen Finanzreferenten Vizebürgermeister Slavik und seinen Beamten herzlichst gedankt werden muß.

GR. Dr. Bohmann stellt dann fest, daß im Bereich des Wohlfahrts- und Gesundheitswesens sich eine Tendenz bemerkbar macht, die Sorge bereitet. Die Krankenanstalten verloren 229, die Wohlfahrtsanstalten 44 Bedienstete. Das Problem der Krankenschwestern sei sehr heikel. Es konnte anscheinend auch durch materielle Besserstellung, Arbeitserleichterung, Erleichterung im Ausbildungsgang usw. nicht gelöst werden. Wenn man dieses Problem in der Zukunft lösen wolle, müsse man vielleicht weniger über materielle Dinge sprechen, als über das hohe Ethos der Menschlichkeit, die Bereitschaft dem Kranken zu dienen. Man muß bei der Jugend beginnen und ihr sagen, daß es eine Aufgabe der Gesellschaft ist, auch den Kranken und den in Not Geratenen zu helfen. Weitere Vereinfachungen und Rationalisierungen im Gesundheitsdienst könnten hier vielleicht ebenfalls etwas Abhilfe schaffen. Als erschreckend bezeichnet der Redner auch die hohen Ausgaben für die Kranken- und Wohlfahrtsanstalten, deren Einnahmen nicht einmal ganz 46 Prozent der Ausgaben decken. Auch die Erhöhung der Pflegegebühren für Selbstzahler wirke sich in keiner Weise aus, da nur fünf bis sechs Prozent der Betten von Zahlpatienten belegt sind. Die Krankenkassen wären kaum in der Lage, höhere Kostenbeiträge zu leisten. Es muß daher die Forderung an den Bund gestellt werden, sich seiner Pflichten gegenüber den spitalserhaltenden Gemeinden bewußt zu werden, und einen Beitrag zur Erhaltung der Spitäler zu leisten. Seine Leistungen, die er nach dem Krankenanstaltengesetz erbringt, seien in keiner Weise ausreichend.

GR. Dr. Bohmann erklärt, er möchte mit den Feststellungen des Kontrollamtes schließen, daß alle Organe der Stadtverwaltung bemüht waren, im Interesse der Öffentlichkeit und im Interesse einer ordentlichen und zweckmäßigen Gemeindeverwaltung tätig zu sein. Diese Feststellung des Kontrollamtes kann uns mit tiefer Genugtuung erfüllen. Die SPÖ-Fraktion werde daher dem Rechnungsabschluß und dem Kontrollamtsbericht zustimmen.



Vizebürgermeister Slavik dankt in seinem Schlußwort für die positive Stellungnahme der Debattenredner. Sie sei eine Anerkennung für jene Beamten, die das ganze Jahr über die gestellten Aufgaben im Interesse der Stadtverwaltung erfüllen. Wohl wurden einerseits Wünsche nach höheren Leistungen laut, andererseits aber auch nach Steuersenkungen usw. Es sei aber immer und überall so, daß man es nicht jedem Menschen recht machen kann.

Zur Frage, warum die Lagerbestände der Gemeinde vielfach sehr groß sind, ist zu sagen, daß immer wieder Hilferufe von Betriebsleitern oder Betriebsräten kommen, die Bestellungen nicht vollständig einzustellen. Um den Beschäftigten dieser Betriebe ihren Arbeitsplatz zu sichern, wurden weitere Materialbestellungen, wenn auch in kleinerem Ausmaß getätigt. Man sucht eben immer wieder Auswege, um Betriebe in ihrem Bestand zu erhalten. Dasselbe gelte zum Beispiel auch für die Kohlenreviere.

Auf dem Gebiete des Wohnungsbaues sei es richtig, daß hier eine gewisse Umstellung vor sich gehe. Die Stadtverwaltung schöpft derzeit die gesamte Wiener Baukapazität aus und hofft nun durch die Errichtung der Fertigteilfabrik Hilfe in der Wohnungsproduktion schaffen zu können.

Was die Kritik an der Jugend anlangt, ist zu sagen, daß die Jugend heute nicht schlechter ist als zu anderen Zeiten. Wenn man sich Fälle gestrauchelter Jugendlicher ansieht, kommt man meistens darauf, daß nicht sie selbst, sondern vielfach Erwachsene daran schuld sind.

Zur Frage, wieviele Grundstücke gekauft wurden, ist zu sagen, daß es im Jahre 1960 vier Millionen Quadratmeter waren. Der Durchschnittspreis pro Quadratmeter war rund 53 Schilling. Die Preissteigerungen waren in den einzelnen Gebieten Wiens verschieden.

Vizebürgermeister Slavik nahm dann zu den Vorwürfen Stellung, warum man die Grundsätze der Finanzpolitik in Wien nicht auch für den Bund anerkenne. Er meinte dazu, man müsse jedes einzelne Problem sehen wie es liegt. Beim Bund sagt man allzu oft solange nein, bis man das Doppelte hergibt. Man scheut sich, mit den Leuten rechtzeitig zu reden. Sollen wir es aber darauf ankommen lassen, in soziale Unruhen hineinzukommen? Er glaube, man solle immer rechtzeitig dafür sorgen, daß es nie zu allzu großen Spannungen kommt. Jedenfalls sei er der Meinung, daß die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Stadt Wien den jeweiligen Erfordernissen entspreche.



Zur Frage der Steuersenkungen verwies der Referent darauf, daß Wien schließlich wesentlich an der Reform der Gewerbesteuer mitgewirkt habe. Man dürfe auch nicht die vielen Kreditaktionen der Gemeinde Wien vergessen, die einen Umfang von 1.560 Millionen Schilling erreicht haben.

Zu den weiteren Ausführungen der Debatteredner bemerkte Vizebürgermeister Slavik, daß man bei den Darlehen an die Gemeindebediensteten vermeiden wolle, daß zinsfrei gegebene Kredite an andere verzinst weitergegeben werden.

Es wird auch nicht immer das billigste Anbot angenommen, sondern der Bestbieter berücksichtigt. Die langen Bauzeiten beim Straßenbau ergeben sich daraus, daß man sich gleichzeitig bemüht, den Verkehr aufrecht zu erhalten. Man sei auch sehr um eine Koordinierung bemüht, doch werde es sich in einer so großen Verwaltung wie in Wien nie ganz vermeiden lassen, daß Fehler gemacht werden.

Zur Frage der Rücklagen bemerkte der Referent, daß davon allein 200 Millionen Schilling aus Zinsenerträgen stammen. Die Gemeinde Wien ist eine gute Kundschaft für jede Bank und für jede Sparkasse. Wenn wir einmal einen Kredit brauchen, so haben wir auf Grund unserer Einlagen eine wesentlich bessere Verhandlungsbasis. Im übrigen aber decken die Rücklagen bloß die Ausgaben der Stadt Wien von eineinhalb Monaten.

Zur Frage des Steuerzahlens sagte der Vizebürgermeister, daß ja die Bevölkerung etwas dafür zurück bekomme. Er wolle nur erwähnen, daß der elektrische Strom heute billiger ist als 1937. Überhaupt bemühe man sich das Steuergeld so zu verwenden, daß unsere Stadt immer schöner wird. Abschließend nahm Slavik zu der Forderung nach größerer Unabhängigkeit für das Kontrollamt Stellung. Er betonte, daß das Kontrollamt völlig unabhängig und frei von Beeinflussung arbeite und daß auch niemand das Kontrollamt beeinflussen wolle, weil wir froh darüber sind, wenn wir auf einen Mangel aufmerksam gemacht werden.

Bei der Abstimmung wird der Rechnungsabschluß für das Jahr 1960 mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen. Der Kontrollantsbericht wird einstimmig zur Kenntnis genommen. Ebenfalls einstimmig genehmigt wird der Antrag des Referenten, die Er-



innerungen zum Rechnungsabschluß den zuständigen Ausschüssen zur Behandlung zuzuweisen.

#### Die Wiener Stadtwerke im Jahre 1960

Stadtrat Schwaiger (ÖVP) referierte hierauf über die Bilanz der Wiener Stadtwerke für das Jahr 1960. Er stellte fest, daß gegenüber dem Jahre 1959 die verkauften Strom- und Gasmengen erfreulicherweise stark gestiegen sind, der Verkauf von Koks leider abermals zurückgegangen ist und die erzielten Frequenzen der Verkehrsbetriebe ebenfalls geringer waren.

Die E-Werke konnten einen Gewinn von 34.3 Millionen Schilling und die Gaswerke einen Gewinn von 28.4 Millionen Schilling buchen; diese beiden Betrieben schlossen um 87.6 Millionen Schilling günstiger ab, als im Voranschlag vorgesehen war. Anders liegt die Situation bei den Verkehrsbetrieben, die einen Abgang von 182.2 Millionen aufweisen, der um 9.2 Millionen ungünstiger als im Voranschlag war. Die städtische Bestattung erzielte einen Überschuß von 0.5 Millionen Schilling. Die Wiener Stadtwerke insgesamt hatten für das Jahr 1960 einen Abgang von 197.8 Millionen veranschlagt, dem nun ein tatsächlicher Verlust von 119 Millionen Schilling gegenübersteht. Der Gesamtabgang ist demnach um 78.8 Millionen günstiger als im Wirtschaftsplan angenommen.

Die Entwicklung der Verlustziffern der Wiener Stadtwerke seit 1955 zeigt ein sehr unerfreuliches Bild. Den höchsten Verlust wies das Jahr 1957 mit 424.2 Millionen aus, seit 1958 ist aber wieder langsam eine Besserung festzustellen.

Im Berichtsjahr wurden in Wien 1.701 Millionen Kilowatt Strom und 536.5 Millionen Kubikmeter Gas verkauft. Die Steigerung gegenüber dem vorausgegangenen Jahr betrug elf bzw. 9.3 Prozent. Die Fahrgastfrequenz bei den Verkehrsbetrieben war mit 504.416.067 Fahrgästen um 2.8 Prozent geringer als im Voranschlag für 1960 und um 1.7 Prozent geringer als im Jahre 1959. Die Frequenzziffer liegt nun wieder etwas unter der des Jahres 1956.

Die Gesamtaufwendungen der Stadtwerke haben im Jahre 1960 2.991.8 Millionen, die Betriebserträge 2.822.4 Millionen erreicht.



An Subventionen hatten die E-Werke 95 Millionen und die Gaswerke 35 Millionen an die Verkehrsbetriebe zu leisten. Ohne diese Subventionen hätten die E-Werke mit einem Gewinn von 129.3 Millionen, die Gaswerke mit einem Gewinn von 63.4 Millionen, jedoch die Verkehrsbetriebe mit einem Verlust von 251.5 Millionen Schilling abgeschlossen.

Im Zuge der Umschaltungen wurden im Berichtsjahr weitere 1.242 elektrische Anschlüsse von Gleich- auf Wechselstrom umgestellt, wogegen noch 4.260 Gleichstromanschlüsse verblieben. Die E-Werke gehen mit aller Kraft daran, diese restlichen Umschaltungen möglichst rasch vorzunehmen. Die Gesamtzahl der Zähler in Verbrauchsanlagen stieg auf 977.668, und die E-Werke werden in Bälde den Millionsten Zähler anschließen können. Mit Ende 1960 waren 38.489 Heißwasserspeicher, 12.918 Speicheröfen und 40.701 Elektroherde in Betrieb. Die Anwendung der Elektrizität im Haushalt ist im ständigen Vormarsch begriffen.

Bei den Verkehrsbetrieben erwähnte der Stadtrat die Umbauten von Gleisanlagen beim Schottentor und an anderen Baustellen. Die gesamte Gleislänge der Straßenbahn beträgt 593.3 Kilometer, bei der Stadtbahn 60.6 Kilometer. Auf dem Sektor der Autobusse ist die Garage in der Raxstraße ein technisches Musterstück geworden.

Im Berichtsjahr gelangten 59 Triebwagen und 164 Beiwagen zur Auslieferung, davon entfallen auf das Erneuerungsprogramm der Stadtbahn 16 Trieb- und 30 Beiwagen. Ausgeschieden wurden 81 Trieb- und 56 Beiwagen. Der Gesamtbestand an Straßenbahn- und Stadtbahnfahrzeugen betrug 1.381 Triebwagen und 1.643 Beiwagen, weiters sind 277 Autobusse und 14 Anhänger vorhanden.

Die ungünstigere Gestaltung der Bilanz der Verkehrsbetriebe ist hauptsächlich auf die Erhöhung der Ausgaben für Löhne und Gehälter, der gestiegenen Aufwandzinsen infolge höherer Verschuldung und die Verminderung des Ertrages aus der Personenbeförderung zurückzuführen. Mit Hinzurechnung des Verlustvortrages aus den Vorjahren ergibt sich bei den Verkehrsbetrieben ein Gesamtverlust von 720 Millionen Schilling.



Zusammenfassend stellte Stadtrat Schwaiger fest, daß die Verlustziffern der Stadtwerke weiterhin eine rückläufige Bewegung aufweisen, was als ein Zeichen einer sich allmählich anbahnenden Gesundung dieses Betriebes gewertet werden könne. Obwohl die ausgezeichnete Ertragslage bei E-Werk und Gaswerk eine leichte Entspannung der Wirtschaftslage der Stadtwerke gebracht hat, könne eine durchgreifende Besserung wohl erst nach Jahren erreicht werden. Schließlich hatte die "Gewista" einen Gewinn von 1,1 Millionen Schilling aufzuweisen.

Viele positive Arbeit wurde im Berichtsjahr bei den Stadtwerken geleistet. Der Berichterstatter sprach auch im Namen des gesamten Wiener Gemeinderates allen Bediensteten, die daran mitgearbeitet haben, daß der vorgesehene Abgang von 181 Millionen auf 119 Millionen Schilling herabgedrückt werden konnte, den herzlichen Dank aus. (Beifall.) Er beantragte, die Vermögensrechnung und die Erfolgsrechnung der Wiener Stadtwerke sowie auch der Gewista zu genehmigen.

GR. Peter (FPÖ) bezeichnete es als erfreulich, daß sich das Anlagevermögen der Stadtwerke im Berichtsjahr vermehrt hat, bedauerte aber, daß demgegenüber die Schulden stark angestiegen sind. Eine durchgreifende Reform der Stadtwerke ist leider noch immer nicht in Angriff genommen. Die Verluste dieser Betriebe mit 119 Millionen Schilling erreichen noch immer eine gigantische Ziffer. Die Zahl der Pensionsbezieher ist wesentlich höher als die der Aktiven. Es wäre nur gerecht und billig, wenn die Hoheitsverwaltung einen Teil dieser hohen Pensionslast auf sich nehmen würde, weil sie seinerzeit aus politischen Gründen viele Zwangspensionierungen veranlaßt hat.

GR. Haag (ÖVP) stellt fest, daß die Wiener Stadtwerke vor Jahren in dieser Form zusammengeschlossen wurden. Das war gut so, denn damit erhielt man die Möglichkeit, Gewinn und Verlust ausgleichen zu können. Diese Konstruktion hat natürlich aber auch Nachteile. Selbstverständlich haben die Direktionen der aktiven Unternehmungen nicht viel Freude daran, wenn sie einen großen Teil ihrer Gewinne an die Verkehrsbetriebe abgeben müssen. Stadtrat Schwaiger habe vor kurzem dargelegt, daß für das Jahr 1960 ein Gesamtverlust von 197 Millionen Schilling präliminiert ist. Er ist



aber kleiner ausgefallen und beträgt 119 Millionen Schilling. Die Steigerung der Materialpreise, höhere Rohstoffkosten, höhere Anfangsbezüge und die erstmalige Auszahlung des vollen 14. Monatsbezuges hatten natürlich große Auswirkungen auf die Finanzen der Wiener Stadtwerke. Das Eigenkapital der Wiener Stadtwerke ist zu 30.3 Prozent aufgezehrt. Die Verkehrsbetriebe allein haben einen Gesamtverlust von 184 Prozent vom eigenen Kapital erlitten. Es sei aber auch nicht tragbar, daß den Stadtwerken durch verschiedene große Bauvorhaben im Interesse der Stadtplanung durch Gleis-, Rohr- oder Kabelauswechslungen zusätzlich Kosten erwachsen. Der Redner bittet Stadtrat Schwaiger um Aufklärung bei einer der nächsten Sitzungen, wie hoch die Kosten sind, die den Stadtwerken durch derartige Umbauten erwachsen. Beim E-Werk wäre der Gewinn noch besser, wenn nicht die Straßenbahn durch billigen Strom subventioniert würde.

Ein leidliches Kapitel sei das des Fremdkapitals. Die Gemeindeverwaltung gewähre sovieler Kredite zu günstigem Zinsfuß. Warum nicht auch an die Wiener Stadtwerke, die von allen Seiten um Kredite ersuchen mußten, die sie hoch verzinsen müssen. Das Gaswerk konnte durch einen kalten Winter und durch eine Erhöhung der Abnehmerzahl und verbilligte Rohstoffe höhere Einnahmen erzielen. Man kann auch feststellen, daß hier durch Rationalisierungsbestrebungen ein wirklich guter Erfolg erzielt wurde. So wurden im Jahre 1955 443 Millionen Kubikmeter Gas von 2.347 Personen erzeugt, während im Jahre 1960 552 Millionen Kubikmeter von nur 2.022 Personen erzeugt wurden. Das sind also um 24 Prozent mehr Gas bei 14 Prozent weniger Personal.

Ein Sorgenkind sind die Verkehrsbetriebe. Es zeigt sich hier ein Rückgang in der Frequenz. Dazu kommt der hohe Zinsendienst für das Fremdkapital. 86 Prozent Fremdkapital haben die Wiener Verkehrsbetriebe heute. Das Anlagevermögen, das durch Eigenvermögen gedeckt sein sollte, ist es nur zu 21 Prozent. Der Zinsaufwand der Verkehrsbetriebe beträgt 92 Millionen Schilling, das sind 13 Prozent der Beförderungserlöse. Ein Fahrgast kostet die Straßenbahn und die Stadtbahn durchschnittlich 2.08 Schilling. Der Erlös für einen Fahrschein betrug im Jahre 1960 1.45 Schilling. Auf dem Autobus kostete ein Fahrgast 2.23 Schilling, der Erlös im



Jahre 1960 war 1.44 Schilling. Die Verkehrsbetriebe haben aus diesem Grund keine besondere Freude an der Umstellung von Straßenbahnlinien auf Autobusbetrieb. Durch die im heurigen Jahr erfolgte Tarifregulierung wird sich dieses Bild sicher etwas günstiger verschieben. Für 1961 müssen große Anstrengungen gemacht werden, um das Defizit etwas zu verringern. Stadtrat Schwaiger hat jedoch auch auf diesem Sektor viel Initiative bewiesen und so zum Beispiel auch Einsparungen dadurch erzielt, daß auf verschiedenen nicht stark frequentierten Linien tagsüber nur Ein-Wagen-Züge geführt werden. Ferner werden auch 50 Trieb- und Beiwagen der Typen L 3 und 4 zur Personaleinsparung miteinander zu einem Gelenkwagen verbunden. Dadurch werden ein Schaffner erspart und zusätzlich Sitzplätze gewonnen.

Abschließend stellt GR. Haag fest, daß die Unternehmungen sich günstig entwickeln und in einigen Jahren des Zusammenwirkens sicherlich auch hier ein ausgeglichenes Budget erreicht werden kann.

GR. Liwanec (SPÖ) greift einige Zahlen heraus, um die Tatsachen deutlicher zu untermauern, über die wir uns alle jedes Jahr bei Vorlage der Bilanz für die Wiener Stadtwerke Sorge machen. Es ist Tatsache, daß wir zwar alle sehr froh darüber sind, daß es gelungen ist, im Vergleich zum Jahre 1959 den Abgang bei den Wiener Stadtwerken von 134,6 auf 119 Millionen zu verringern, daß aber bei den Verkehrsbetrieben der Abgang im Jahre 1959 108 Millionen betrug und auf 182 Millionen im Jahre 1960 stieg. Es ist dazu zu sagen, daß der eigentliche Abgang bei den Stadtwerken im Jahre 1959 259 Millionen betragen hat und bei dem nun vorliegenden Bericht für 1960 eigentlich 320 Millionen beträgt. Er ist noch immer geringer als angenommen wurde. Aber der erwähnte Abgang von 182 Millionen konnte nur erreicht werden, weil E-Werke und Gaswerke eine Subvention in Höhe von 138 Millionen im Jahre 1960 gaben. Diese Subvention betrug im Jahre 1959 151 Millionen. Der Redner kommt in diesem Zusammenhang auf die Frage der Gemeinwirtschaft überhaupt zu sprechen und stellt fest, daß es ein Zeichen gemeinwirtschaftlicher Betriebe sei, keine Gewinne abzuwerfen, sondern im Interesse der Bevölkerung eine saubere Gebarung zu erreichen und untereinander auszuhelfen.



Zu den Verkehrsbetrieben bemerkt der Redner, daß ein Betrieb, dessen Frequenz dauernd sinkt, von der Tarifseite anders betrachtet werden muß als E-Werke und Gaswerke, die dauernd mehr erzeugen und daher billiger sein können. Da kann die tüchtigste Geschäftsführung nichts ändern. Der ständig steigende Individualverkehr bringt außerdem die Verkehrsbetriebe in eine schwierige Situation. Dadurch werden ihnen Maßnahmen aufgezwungen, die nur unter größten Schwierigkeiten durchgeführt werden können.

Wir müssen uns darüber klar sein, daß auch für die Verkehrsbetriebe gilt, was für die Stadtverwaltung gilt. Sie sind für die Bevölkerung da und haben eine Tarifgestaltung durchzuführen, die im Interesse der Bevölkerung als sauber gelten kann. Der Redner warnt daher, privatwirtschaftliche Grundsätze anwenden zu wollen.

In den letzten Jahren wurden jedoch bei den Verkehrsbetrieben bereits viele Maßnahmen zur Verbilligung des Betriebes durchgeführt. Aber all das genügt nicht, um aus der schwierigen Situation herauszukommen. Er hoffe deshalb, daß die sich anbahnende Besserung ein Anfang ist, und daß sich diese Besserung in den nächsten Jahren fortsetzen kann.

Die Schwierigkeit bei den Verkehrsbetrieben liege auch in ihrer Lohnintensität. Durch die Zusammenarbeit der Verkehrsbetriebe mit der Gewerkschaft und allen anderen zuständigen Stellen ist man jedoch bemüht, Einsparungen und Rationalisierungen durchzuführen. Alle diese Bestrebungen bei den Verkehrsbetrieben für eine gesunde Entwicklung müssen unterstützt und gefördert werden. Man müsse anerkennen, daß auf allen Seiten alles getan wird im Interesse der Wiener. Die SPÖ-Fraktion werde daher die Zustimmung geben.

Stadtrat Schwaiger kommt in seinem Schlußwort auf die Ausführungen des GR. Peter bezüglich der hohen Zahl von Pensionisten bei Gaswerk, E-Werk und Verkehrsbetrieben zu sprechen. Er stellt fest, daß es seit dem Jahre 1914 eine Pensionspragmatik bei den Beamten der Stadt Wien und seit 1947, beziehungsweise 1948 bei den Arbeitern der Stadt Wien gibt. Auf Grund dieses langen Bestehens der Pragmatisierung hat sich eine ungeheuer große Zahl von Pensionisten angesammelt, während die Städtische Bestattung erst seit



1951 kommunalisiert ist und erst von diesem Zeitpunkt an pragmatisierte Bedienstete hat. Ein Großteil der derzeit bei der Bestattung Beschäftigten wurde auch von den privaten Leichenbestattungsfirmen als Vertragsangestellte übernommen. Deshalb ist das Verhältnis hier ein wesentlich anderes.

GR. Haag habe recht, wenn er sagt, daß den Gaswerken und E-Werken durch die vielen Umbauten im Zuge von Verkehrsverbesserungen oder ähnlichem große Kosten erwachsen. Bei den Verkehrsbetrieben wurde wenigstens die Regelung getroffen, daß die Hälfte dieser Kosten von der Hoheitsverwaltung getragen werden. Vizebürgermeister Slavik habe sich auch bereits dazu bereit erklärt, dem E-Werk für aufgezwungene Arbeiten Zuschüsse zu geben. Es sei auch richtig, daß die E-Werke im Wege eines verbilligten Strompreises den Verkehrsbetrieben eine beachtliche Subvention gewähren. Schwierigkeiten bestehen auch bei der Erdgasversorgung, da nach dem neuen Erdgasvertrag zwischen Mineralölverwaltung und Stadtwerken nur eine bestimmte Menge Erdgas geliefert wird. Alle Lieferungen, die über das festgesetzte Quantum hinausgehen, müssen aber teurer bezahlt werden. Als unverständlich bezeichnet es der Stadtrat, daß das Kontrollamt nicht darauf hingewiesen habe, daß der vom Wiener Gemeinderat für das Jahr 1960 beschlossenen Kredit von 151 Millionen Schilling zur Durchführung des außerordentlichen Wagenbau-Erneuerungsprogrammes nicht ausbezahlt wurde.

Der Stadtrat stellte dann einen Irrtum richtig: es ist nicht daran gedacht, den Gelenkbus auf der Linie 13 einzusetzen. Wir haben dort nur eine Probefahrt gemacht, um die Wendigkeit des Wagens kennenzulernen.

GR. Liwanec hat gesagt, daß der öffentliche Verkehr in unserer Stadt das absolute Vorrecht haben müsse und daß die Gemeinderäte die Rationalisierungsmaßnahmen der Verkehrsbetriebe unterstützen sollen. Er möchte sich dem voll anschließen und vor allem die Bezirke ersuchen für die Rationalisierungsmaßnahmen Verständnis aufzubringen.



Der Frequenzrückgang sei nicht entscheidend für die Situation der Verkehrsbetriebe. Der Ausfall für 1960 betrug aus diesem Grund nur sieben Millionen Schilling. Entscheidend sind vielmehr zwei Faktoren: der ungeheure Nachholbedarf auf dem Investitionssektor und die große Belastung durch die Pensionen. Für 1961 beträgt die Pensionslast 382 Millionen Schilling. Dazu kommt noch die starke Lohnintensität; während bei den E-Werken der Lohnanteil 18.12 Prozent beträgt, ist er bei den Verkehrsbetrieben 64.16 Prozent.

Abschließend ersuchte der Referent nochmals um die Zustimmung zu den von ihm unterbreiteten Anträgen.

Bei der Abstimmung werden die Bilanz der Stadtwerke und Bilanz der Gewista einstimmig angenommen.

#### Weitere zwanzig Millionen für Instandsetzung von Privathäusern

GR. Schreiner (SPÖ) referiert einen Antrag, den Gesamtbetrag für zinsfreie Darlehen zur Instandsetzung von Mietwohnhäusern und für die Herstellung von Kanälen um 20 Millionen auf insgesamt 500 Millionen zu erhöhen. Die Aktion wurde, wie der Referent ausführte, im Jahre 1954 vom Gemeinderat beschlossen und später immer wieder erweitert. Da die Aktion noch immer stark in Anspruch genommen wird und der Kreditrahmen fast erschöpft ist, sollen weitere 20 Millionen bewilligt werden.

GR. Lauscher (KLS) bemerkt dazu, daß dieser Antrag wieder einmal an die noch immer ungelöste Frage des Paragraph 7 des Mietengesetzes erinnert. Die Mietzinserhöhungen auf Grund dieses Paragraphen gehen bis zum Zwölfwachen und mehr. Für eine Zimmer-Küche-Wohnung müssen heute alte Rentner oft einen Zins von 280 Schilling zahlen.

Mit **Demagogie** sei das Problem der Althäuser nicht zu lösen, vielmehr werden die Sozialisten ihre Haltung ändern müssen. Der Gemeinderat hätte die Pflicht, eine gerechte Lösung dieses Problems zu unterstützen und sich im eigenen Bereich nicht auf die Gewährung zinsfreier Instandsetzungsdarlehen zu beschränken. Außerdem wünschen die Mieter eine Verlängerung der Laufzeiten dieser Darlehen von zehn auf 15 Jahre.

Der Erhöhung des Gesamtbetrages für zinsfreie Instandsetzungsdarlehen stimmen die Kommunisten selbstverständlich zu.



GR. Windisch (SPÖ) unterstrich die große Bedeutung dieser Aktion für die Mieter in Althäusern. Schon der Betrag von einer halben Milliarde Schilling für zinsfreie Darlehen zur Instandsetzung von Mietwohnhäusern zeigt, wie notwendig diese Aktion war und noch immer ist. In Wien gibt es rund 35.000 Althäuser mit 480.000 Wohnungen. Bisher hat die Gemeinde für 2.556 Wohnhäuser zinsfreie Darlehen gewährt.

Damit kam etwa 41.000 Mietern in unserer Stadt die Wohltat dieser Darlehen der Gemeinde zugute. Sie ersparen sich nämlich, da die gesamte Zinslast, die bei sieben Prozent Verzinsung in zehn Jahren 45 Prozent der Gesamtsumme ausmacht, mehr als 200 Millionen Schilling oder durchschnittlich 5.000 Schilling pro Mieter.

Die Sozialisten beharren aber nach wie vor auf ihrer Forderung nach Schaffung eines bundeseinheitlichen Reparaturausgleichsfonds, damit nicht nur der Wiener Bevölkerung die segensreichen Wirkungen eines zinsfreien Darlehens für Reparaturarbeiten zugute kommen, sondern auch den Mietern in allen anderen Bundesländern. (Beifall bei der SPÖ.)

Der Antrag des Berichterstatters wurde einstimmig angenommen.

Schließlich berichtete Stadtrat Dr. Glück (ÖVP) über die vorgesehene Modernisierung und den Heizungseinbau im "Pavillon Hermann" in der Lungenheilstätte Baumgartner Höhe. Er teilte mit, daß durch die Aufstockung auch die Möglichkeit besteht, für die Pflegeschwestern zweckentsprechenden und hygienischen Wohnraum zu schaffen.

GR. Dr. Marga Hubinek (ÖVP) erklärte, daß die katastrophale Unterbringung der geistlichen Schwestern für eine Großstadt wie Wien beschämend ist. Diese Schwestern, die immerhin ein Fünftel des gesamten Pflegepersonals darstellen, sind meist in engen, dumpfen Winkeln untergebracht. Gerade die geistlichen Schwestern versehen auf den schwersten Stationen Dienst. Es wäre darum ein Gebot der modernen Hygiene, ihnen die notwendigen sanitären Anlagen zu geben. Erfreulicherweise soll der großzügige Umbau des Pavillons "Hermann" diesen Notstand auf der Baumgartner Höhe beseitigen.



In unseren Spitälern ist die Bettennot sprichwörtlich geworden. Die Volkszählung habe gezeigt, daß in wenigen Jahren jeder fünfte Österreicher über 65 Jahre alt sein wird. Darum wird man neue Lösungen auf dem Sektor der Altersheime planen müssen, um nicht von der Entwicklung überrollt zu werden.

Die ÖVP wird selbstverständlich gerne dem vorgesehenen Umbau zustimmen.

Nach einem Schlußwort von Stadtrat Dr. Glück wird der Antrag einstimmig angenommen.

#### Anfrage wegen Sternngasse-Häuser

Zu Beginn der Sitzung hatte die FPÖ eine Anfrage wegen der Häuser in der Sternngasse eingebracht und dazu den Antrag auf Verlesung und Besprechung gestellt.

Zur Begründung des Antrages erhielt nun GR. Dr. Broesigke (FPÖ) das Wort. Er führte aus, daß die Häuser unter Denkmalschutz stünden, die Eigentümer jedoch das Bestreben zeigen, die Restaurierung der Häuser unmöglich zu machen. So wurde jetzt vor Einbruch des Winters das Dach abgedeckt. Wenn die Stadt etwas zur Erhaltung der Häuser unternehmen wolle, so müsse sie dies in der allernächsten Zeit tun. Deshalb ersuche er um sofortige Behandlung der Anfrage.

Bei der Abstimmung wird der Antrag auf Verlesung und Besprechung abgelehnt. Die Beantwortung der Anfrage wird auf schriftlichem Wege erfolgen.

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -